



Lesen, lesen, lesen

Zur Leipziger Buchmesse: Stefan Gärtner über Andrej Platonows Roman »Die Baugrube«, Inge Paul zum Auftakt der Ingeborg-Bachmann-Werkausgabe. Außerdem: Kai Köhler über den Populismusforscher Bernd Stegemann. Christof Meueler stellt eine Punkgeschichte vor.

24 SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 23. MÄRZ 2017 · NR. 70 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Ausscheren

Entscheidungsfrage: Schottland soll erneut über Unabhängigkeit von Großbritannien abstimmen

3

Scheffeln

Frankreich: Präsidentschaftskandidat François Fillon der »Fälschung von Dokumenten« verdächtigt

6

Kugeln

CETA hoch zwei: Geplantes Handelsabkommen zwischen EU und Japan bedient Konzerninteressen

9

Durchleuchten

Präzise Anleitung zu notwendigen Fragen. Zum 75. Geburtstag des Regisseurs Michael Haneke

12



Futter für Immobilienhaie

Mieten steigen, Konzerne profitieren: Bundesregierung tätschelt Spekulanten auf dem Wohnungsmarkt. Von Simon Zeise

Berlin macht den Kotau vor der Finanzbranche und riskiert damit den nächsten Crash. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte einen Gesetzentwurf zur Beschränkung der Vergabe von Immobilienkrediten aufgesetzt, »doch das stieß bei Banken auf Kritik«, berichtete das *Handelsblatt* am Mittwoch. Das Kapital wollte einfach nicht mitspielen. In einem Schreiben an das Ministerium hatten die Sparkassen sowie die Volks- und Raiffeisenbanken im vergangenen Dezember vor »überstarken Eingriffen in Marktprozesse« gewarnt und gefordert, dass diese »höchsten demokratischen und fachlichen Ansprüchen genügen« müssten. Der Bankenverband wünschte sich deshalb ein »explizites Anhörungsrecht zugunsten der Verbände des Kreditwesens«, bevor die Aufsicht die Instrumente einsetzen dürfe.

Die Politiker haben gehört – und

pariert. Schäubles ursprünglichen Plänen zufolge hätte die Finanzaufsicht Bafin eine Obergrenze für Immobilienkredite festlegen dürfen, falls sich eine Überhitzung des Marktes andeuten sollte. Davon soll künftig keine Rede mehr sein. Eine Grenze für das Verhältnis zwischen Schulden und Einkommen sowie eine Obergrenze für die Gesamtverschuldung wird es mit der Regierung von des Kapitals Gnaden nicht mehr geben. Bankkredite bis zu 50.000 Euro sollen gar nicht erst erfasst werden. Bis zu 400.000 gilt eine Ausnahme bei einem Beleihungswert von 60 Prozent.

»Mit dieser Regelung erreichen wir, dass Familien die niedrigen Zinsen auch weiterhin nutzen können, um Wohneigentum zu bilden«, wurde die an der Ausarbeitung beteiligte Antje Tillmann (CDU) am Mittwoch von *dpa* zitiert. Ihr SPD-Kollege Manfred Zöllmer sprach von einem »Kompromiss mit Augenmaß«.

Was als Zukunftsprogramm für Kleinfamilien verkauft wird, birgt Gefahren. Vor zehn Jahren krachte der US-Hypothekenmarkt zusammen. Banken hatten Kredite an überschuldete Privathaushalte zur Verfügung gestellt. Die Blase platzte, die größte Wirtschaftskrise seit der großen Depression der 1930er Jahre war die Folge. Seither hat eine Phase der Stagnation in den kapitalistischen Zentren eingesetzt. Weil das Volumen der Finanzmärkte nicht beschnitten wurde, werden kaum noch Kredite für die Produktion bereitgestellt. Die niedrigen Leitzinsen befeuern die Spekulation – vor allem auf dem Immobilienmarkt.

Die Commerzbank warnte bereits in einer Studie Ende Februar vor »Übertreibungen«. Ein Ende des Preisanstiegs sei vorerst nicht in Sicht. Je länger der Boom anhalte, desto größer werde die Gefahr, dass es zu Exzessen komme, deren Korrektur dann auch die Wirtschaft belasten könne. Gefährlich

werden könnte es, weil heute im Vergleich zu den 1970er und '80er Jahren die Löhne nicht mehr mit der Preisentwicklung standhalten. Die Tarifabschlüsse bleiben hinter der zuletzt ansteigenden Inflation zurück. Und auch die Bundesbank warnte in ihrem Monatsbericht Ende Februar: »Die Preisübertreibungen in den Städten betragen gemäß aktuellen Schätzergebnissen im vergangenen Jahr zwischen 15 Prozent und 30 Prozent.«

Von den steigenden Preisen profitieren die Großkonzerne. Die Deutsche Wohnen hatte am Dienstag ein Rekordergebnis verkündet. Den Wert seiner 160.000 Mietwohnungen konnte das Unternehmen bundesweit im vergangenen Jahr um 2,7 Milliarden Euro steigern. 2017 sollen die Mieten um weitere 3,5 Prozent steigen. Allein in der Hauptstadt will der Konzern 3.900 Wohnungen hinzukaufen – nach eigener Aussage soll es sich dabei um »Filetstückchen« handeln.

Rehabilitation für Justizopfer

Staatliche Verfolgung von Homosexuellen: Bundesregierung will entschädigen

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch in Berlin einen Gesetzentwurf beschlossen, der die Rehabilitierung von Homosexuellen vorsieht, die nach dem früheren Strafrechtsparagrafen 175 verurteilt worden waren. Der unter Federführung von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) erarbeitete Entwurf sieht vor, dass die nach dem 8. Mai 1945 ergangenen Urteile aufgehoben werden. Opfer der staatlichen Verfolgung sollen eine pauschale Entschädigung von 3.000 Euro sowie weitere 1.500 Euro für

jedes angefangene Jahr »erlittener Freiheitsentziehung« erhalten.

»Die alten Urteile sind aus heutiger Sicht eklatantes Unrecht. Diese Schandtaten des Rechtsstaats werden wir niemals wieder ganz beseitigen können, aber wir wollen die Opfer rehabilitieren«, erklärte Maas gestern. Die Mehrheit der schwullesbischen Organisationen und Verbände begrüßte den Gesetzentwurf. Jörg Litwuschuh, geschäftsführender Vorstand der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, bezeichnete diesen als »bedeutenden Meilenstein auf

dem langen Weg zur Rehabilitierung der Opfer des Paragraphen 175 StGB«.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule Juristen hatte bereits am Dienstag in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erklärt: »Wir erwarten von der Bundesregierung und dem Gesetzgeber, dass den noch lebenden Opfern der Homosexuellenverfolgung jetzt schnell Gerechtigkeit widerfährt.« Ähnlich äußerte sich Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, am Mittwoch. Der Bun-

destag müsse das Gesetz nun rasch auf den Weg bringen.

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Antidiskriminierungsstelle ein Gutachten veröffentlicht und damit den Druck auf das Justizministerium erhöht. In besagter Expertise hatte der Staatsrechtler Martin Burgi festgestellt, dass der Gesetzgeber aufgrund seiner Schutzpflicht den Auftrag habe, die Opfer zu rehabilitieren. Unmittelbar danach hatte der Bundesjustizminister sein Gesetzesvorhaben angekündigt. **Markus Bernhardt** ■ Siehe Kommentar Seite 8

»Terrorermittlungen« nach Angriffen in London

London. Bei einem mutmaßlichen Anschlag in London gab es nach vorläufigen Angaben ein Todesopfer. Am Mittwoch nachmittag hatte ein mit einem Messer bewaffneter Mann vor dem britischen Parlament einen Polizisten verletzt und ist daraufhin angeschossen worden. Britische Medien berichten zudem, dass ein Autofahrer auf der nahe gelegenen Westminster Bridge zur gleichen Zeit mindestens sieben Personen verletzt haben soll.

Ein Sprecher des Unterhauses sagte der Nachrichtenagentur *AFP*, die Abgeordneten seien angewiesen worden, das Parlamentsgebäude nicht zu verlassen. Das Gelände wurde abgeriegelt. Die Polizei ging nach eigenen Angaben zunächst von einem Terroranschlag aus, wie die Nachrichtenagentur *PA* berichtete. Nähere Hintergründe waren bei *jW*-Redaktionsschluss noch nicht bekannt. (AFP/dpa/W)

Mit Gott: Steinmeier übernimmt von Gauck



Berlin. Frank-Walter Steinmeier (bisher SPD) ist am Mittwoch bei einer Feierstunde von Bundestag und Bundesrat vereidigt worden. Er sprach zunächst vor Parlamentspräsident Norbert Lammert die Eidesformel mit dem religiösen Zusatz »so wahr mir Gott helfe«, dankte danach seinem Vorgänger Joachim Gauck und schimpfte in seiner Rede auch ein wenig über das gegenwärtige türkische Regime.

Seinen Appell an Ankara, den *Welt*-Journalisten Yücel freizulassen, dankte ihm die Onlineausgabe des Springer-Blattes mit der Headline-Behauptung, die Veranstaltung sei ein »fulminanter Amtsantritt« gewesen. Der frühere Außenminister war am 12. Februar von Parlamentariern und ausgewählten Persönlichkeiten zum neuen Bundespräsidenten gewählt worden. (dpa/W)

jW wird herausgegeben von 2.031 Genossinnen und Genossen (Stand 16.3.2017)
www.jungewelt.de/lpg

